

# Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes

Nr. 8. 44. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.  
Bezugspreis  
pro Vierteljahr 90 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstraße 14 II  
Fernsprecher: 37 Jannowitz 2120

Bestellung  
bei allen Postämtern.  
Mitglieder kostenfrei

Berlin, 21. Februar 1930

## Wirtschaftskonjunktur und Arbeiterschaft

Das ungünstige Wirtschaftsjahr 1929 und die damit verbundene große Arbeitslosigkeit brachte für Deutschland eine Steigerung des Arbeitslosenheeres, die alles bisher erlebte übertrifft. Diese Verdrängung großer Teile der Bevölkerung trägt wiederum zur wesentlichen Beeinträchtigung der Kaufkraft bei. Die konjunkturelle Arbeitslosigkeit führt dazu, Arbeitnehmer vom Bezug des normalen Einkommens auszuschließen. Soweit an die Stelle des Lohn- und Gehaltsunterstützungsbezüge treten, dienen dieselben zur Befriedigung der allernötigsten seelischen Bedürfnisse und tragen in keiner Weise dazu bei, die infolge Lohnausfall entstandene Minderung der Kaufkraft auszugleichen.

Besonders kennzeichnend für die Konjunkturlage der Umsatzbewegung ist die Tatsache, daß in den letzten Monaten die Umsätze in Luxus- und Kulturbedarfsartikeln — Lederwaren, Galanteriewaren, Geschenkartikeln usw. stark zurückgingen. Demgegenüber konnten sich die Umsätze in Hausrat einschließlicher Möbel leicht erhöhen. Dies dürfte in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß infolge der milden Witterung in den Herbst- und Wintermonaten mehr Neubauwohnungen als in sonstigen Jahren fertiggestellt und bezogen werden konnten.

Die Verschlechterung der Einkommensverhältnisse vieler Volkskreise wird sich in nächster Zeit weiterhin unangenehm bemerkbar machen. Da die im Herbst in Angriff genommenen Wohnungsbauten ziemlich reiflos unter Dach sind, die Bautätigkeit infolge der allgemeinen rückläufigen Konjunktur ebenfalls abflauen dürfte, ist damit zu rechnen, daß die Zahl der fertiggestellten Wohnungen in der ersten Hälfte des Jahres 1930 verhältnismäßig gering sein wird.

Wohl können wir zurzeit eine gewisse Gelblichkeit beobachten. Es handelt sich hierbei um Ueberflüsse der Wirtschaft und um ein starkes Angebot von kurzfristigem Leihkapital aus dem Ausland. Anders steht es mit langfristigen Anleihen. So bildet die unter der Diktatur des Reichsbankdirektors Dr. Schacht stehende Beratungsstelle ein schwer zu überwindendes Hindernis für die Aufnahme der Anleihen von Kommunen, wie für den Ausbau der im öffentlichen Besitz befindlichen Werte. Die bevorstehende Sanierung der Finanzierung der Gemeinden beeinflusst ebenfalls den Arbeitsmarkt außerordentlich. Die Abdrosselung der Heranziehung von Auslandskapital und die bevorstehende Umwandlung der kurzfristigen Schulden der Gemeinden in langfristige, trägt dazu bei, den Aufstieg der Produktion und vor allen Dingen die Verbesserung des Arbeitsmarktes zu verhindern. Unterbleiben die großen Aufträge der Gemeinden und der öffentlichen Werke, so muß dieses den Rückgang der Beschäftigung außerordentlich beschleunigen.

Wie sollen wir aus dieser Misere herauskommen? Das Interesse der Unternehmer geht dahin, Reichtum und wirtschaftliche Macht in ihren Händen zu vereinigen. Sie erstreben Kapitalbildung ausschließlich in ihren Händen unter völliger Ausschaltung der arbeitenden Massen der Bevölkerung, auf deren breiten Schultern sie die Lasten des Hungen-Plans abwälzen möchten. Unter der Devise „Sicherung der Rentabilität der Betriebe“ stellen die Arbeitgeber Forderungen, die nichts weniger bedeuten als die Abwälzung aller Steuerlasten vom Besitz auf die Arbeit, den Kampf gegen die Wirtschaftsbetriebe in öffentlicher Hand, die Einschränkung des staatlichen Schlichtungswezens, „Reform“ der Arbeitslosenversicherung, Abbau der Leistungen und schließlich die Ausschöpfung der Sozialversicherung überhaupt, von der diese Kreise behaupten, sie zerföhre den Arbeitswillen und sei geeignet die deutschen Arbeiter zu Staatsrentnern zu machen.

Hören wir die Arbeitgeber, so wollen dieselben mit ihren Bestrebungen nur das Beste der Arbeiter. Die Kapitalbildung in ihren Händen soll ja den Ausbau des Produktionsapparates und damit der Beschaffung

neuer Arbeitsplätze dienen. Ueberprüfen wir die Erfahrungen der letzten Jahre, so zeigt sich uns die Tatsache, daß der Ausbau vorwiegend in der Aufstellung neuer und besserer Maschinen und in der Rationalisierung der Warenherstellung bestand, dabei ist offenbar, daß diese Entwicklung nicht zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, sondern zum Abbau von Arbeitskräften geführt hat. Unsere Industrien sind heute auf Massenproduktion eingestellt. Ihre Produktionsapparate sind vielfach technisch auf der Höhe. Die Warenherstellung rentiert sich trotzdem in vielen Betrieben nicht, weil für den vorhandenen Apparat nicht der ausreichende Absatz zu beschaffen war.

Bleibt die wirtschaftliche Lage großer Teile der Bevölkerung weiterhin so traurig wie sie zurzeit ist, so wird der Warenabsatz noch mehr zurückgehen und die Produktionskosten werden infolge ungenügender Inanspruchnahme des vorhandenen Maschinenparks noch mehr steigen. Es kommt also in erster Linie darauf an, die Kaufkraft der breiten Massen des deutschen Volkes zu heben. Steigen die Absatzmöglichkeiten, wird das Mißverhältnis zwischen der tatsächlichen Leistungsfähigkeit des vorhandenen Produktionsapparates und dem Absatz an Fabrikaten behoben, so kann die Industrie rentabler arbeiten und wird dadurch auch im eigenen Betrieb das Kapital erübrigen, daß sie zum „Ausbau des Produktionsapparates“ und zur „Beschaffung von Arbeitsplätzen“ braucht.

Kapitalbildung, die nötigen flüssigen Mittel um zu kaufen, braucht die deutsche Wirtschaft dringend. Aber dieses Kapital muß dem Konsum und nicht der Produktion zufließen. Kapital brauchen die Arbeitermassen um ihre Lebensbedürfnisse zu befriedigen, Kapital brauchen auch die Kreise, die es für konsumtive Zwecke ausgeben und damit die Produktion fördern. Die große Arbeitslosigkeit und die daraus entstandene Not weiter Kreise des Volkes ist nicht mit kleinen Mitteln und Kurpfuscherezepten aus der Welt zu schaffen. Dazu ist die Lage zu ernst. Soll die Ausschöpfung vieler Hunderttausende arbeitswilliger Arbeiterhände aus dem Warenherstellungsprozeß, und damit auch als Warenkonumenten, kein Dauerzustand für Deutschland werden, so müssen sich alle einsichtigen Kreise mit aller Kraft für die Beseitigung der momentanen Wirtschaftsdpression einsetzen.

Eine dringende Notwendigkeit ist es, den Baumarkt wieder in Gang zu bringen. Die Unturbelung der Konjunktur kann von dieser Seite her sehr leicht erfolgen, da der Baumarkt die verschiedensten Industriezweige mit Bestellungen zu versorgen vermag. Kapitalien, die dem Baumarkt zugeführt werden, tragen auch im allgemeinen zur Verbesserung des Arbeitsmarktes und zur Beschäftigung von Arbeitskräften bei. Selbstverständlich muß alles daran gesetzt werden, um auch die übrigen Produktionszweige anzukurbeln. Notwendig ist jedoch, neben planmäßiger Kräftigung des inneren Marktes zum Zweck dauernder Absatzsteigerung, eine sofortige weitere Arbeitszeitverlängerung, um die Arbeitszeit in ein gesundes Verhältnis zu der stürmisch fortschreitenden Rationalisierung zu bringen.

Das Unternehmertum steht in der Offensive! Es führt gegen die Arbeiterklassen den offenen Kampf um die gesteigerte Profitrate. Die deutsche Arbeiterschaft ist in dieser ersten Lage auf die eigenen Kräfte angewiesen. Es gibt zurzeit nichts gefährlicheres, als die Arbeitnehmer in ihrer Gesamtheit über den Ernst der Situation zu täuschen. Aus einer Reihe von Berichten über im Reich von Verwaltungsstellen unseres Verbandes abgehaltene Generalversammlungen erleben wir, daß sich unsere Kollegen in allen Orten des Reiches der Lage bewußt sind. Aus diesen Berichten spricht jedoch auch der feste Wille, den Kampf gegen den organisierten Kapitalismus mit aller Schärfe zu führen.

Unsere Kollegen und Kolleginnen dürfen in den nächsten Wochen und Monaten die ruhige Ueberlegung nicht verlieren. Es gilt die in schweren Kämpfen errungenen Positionen zu behaupten und alle Maßnahmen, die dazu führen können, die Real-löhne zu verschlechtern, abzuwehren. Je fester die Kollegenschaft zusammenhält, je leichter wird es uns sein, alle kommenden Anstürme zurückzuweisen.

Je mehr Kollegen und Kolleginnen sich unserem Verband anschließen, je tiefer die Erkenntnis der eigenen und der gegnerischen Kräfte ist, desto stärker lebt in uns der leidenschaftliche Wille, mit allen Hindernissen, die sich in den Weg stellen, fertig zu werden.

Kollegen! Die Wirtschaftslage ist bitter ernst. Schließt die Reihen zur Abwehr!

## Gefahrengemeinschaft und beschleunigte Kapitalbildung.

Der Plan des Finanzministers Moldenhauer, die Arbeitslosenversicherung auf dem Rücken der Invaliden- und Angestelltenversicherung zu sanieren — ein Plan, der den Namen Sanierung nicht verdient, da er die Schwierigkeiten, anstatt sie zu beheben, nur hinauschieben würde — wurde von den Gewerkschaften aller Richtungen scharf abgelehnt. Es wurde hervorgehoben, daß diese Lösung für den Baumarkt geradezu verhängnisvoll wirken könnte, des weiteren aber, daß sie die Zukunft der Sozialversicherung gefährden könnte. Würden die Kapitalien der Invaliden- und Angestelltenversicherung als Darlehen für die Arbeitslosenversicherung verwendet, so könnte das bei einer ungünstigen Entwicklung des Arbeitsmarktes in Zukunft die Invaliden- und Angestelltenversicherung selbst gefährden. Darüber hinaus müßte diese Lösung als ein sozialpolitischer Rückschritt aus dem deshalb gewertet werden, da sie den Bestrebungen für eine spätere Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung Vorlauf leisten, eine zukünftige Verbesserung sowohl der Arbeitslosen- wie der Invalidenversicherung einen Riegel vorschieben und die Erhöhung der heute ganz unzulänglichen Leistungen verhindern könnte.

Im übrigen enthält dieser von der Unternehmerpresse allgemein gebilligte Plan einen schlagenden Beweis dafür, wie wenig ernst das Argument von der Notwendigkeit einer beschleunigten Kapitalbildung gemeint war. Würde man die Arbeitslosenversicherung durch eine Beitragserrhöhung sanieren, die von den Unternehmern und Arbeitern zu gleichen Teilen gezahlt wird, so würde das bedeuten, daß vor allem der Konsum der Arbeitnehmer und der Luxuskonsum der Unternehmer im Rahmen der Beitragserrhöhung einigermaßen eingeschränkt werden müßte. Nur ein (wahrscheinlich geringer) Teil ginge auf Kosten der Kapitalbildung. Bei dem Vorschlag von Moldenhauer, die Kapitalien der Invaliden- und Angestelltenversicherung für Arbeitslosenunterstützung zu verwenden, entsteht im Gegenteil eine Verminderung der Kapitalbildung in voller Höhe der Darlehnsbeiträge. Gegenwärtig bedeuten diese Kapitalien sofortige Kapitalbildung, indem sie in der Produktion und im Wohnungsbau verwendet werden, ja wir haben in der Sozialversicherung eine für die Wirtschaft unentbehrliche Kapitalquelle. Diese soll nun ausgeschaltet werden. Selbst wenn die Invaliden- und Angestelltenversicherung durch die Arbeitslosenversicherung geliebene Summe nach vielen Jahren zurückerhält, wäre diese Lösung unter dem Gesichtspunkt der beschleunigten Kapitalbildung zu verwerfen, da wir die Kapitalien gerade gegenwärtig am dringendsten brauchen. So zeigt sich hier, auf wie schwachen Füßen die Schlagworte der bürgerlichen Wirtschaftsführer stehen. Das Schlagwort von der beschleunigten Kapitalbildung soll nur herhalten, sofern es sich um neue Massensteuern handelt. Es wird sofort fallen gelassen, sobald ein neuer Plan auftaucht, der unter Umständen für die Zwecke der sozialen Reaktion ausgeschaltet werden kann.

Paul Levi †

Ganz plötzlich schied einer der befähigsten und leidenschaftlichsten Kämpfer für Recht und freie Menschheit, der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Paul Levi aus dem Leben. Im Reichstag und in Volksversammlungen, besonders vor seinen sozialdemokratischen Wählern des tatsächlichen Ergreifens, hat Levi gewirkt in seiner leidenschaftlichen revolutionären Art. Ein Schüler und Freund von Rosa Luxemburg, fiel ihm nach dem Tod Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs die Leitung der kommunistischen Partei zu. Als Levi erkannte, daß die neue Welt in Rußland anders aussah, als es seinen Idealen entsprach, begann er zu wirken für die Wiederannäherung an den deutschen Sozialismus. Wir ehren in dem viel zu früh Dahingegangenen den Mann, der immer bestrebt war, die Interessen der Schwachen und Unterdrückten mit hohem Mut und unermüdblicher Energie zu vertreten.

Was wird aus dem Mieterschutz?

Am 31. März laufen das Reichsmietengesetz und das Mieterschutzgesetz ab. Die Reichsregierung beabsichtigt, beide Gesetze bis zum 30. Juni 1932, also 2 1/2 Jahre, unverändert weiter bestehen zu lassen. Der Reichsrat hat dem ihm zugeleiteten Gesetzentwurf über die geplante Verlängerung bereits zugestimmt. Die Entscheidung liegt nunmehr beim Reichstag.

Der Reichstag wird hierbei nicht nur die Angriffe der Wirtschaftspartei und der Deutschnationalen Volkspartei abzuwehren haben, die ja fortgesetzt den Ruf nach Aufhebung des Mieterschutzes ausstoßen, sondern er wird auch sehr eingehend zu prüfen haben, ob der bisherige Wortlaut des Gesetzes zu einem wirksamen Mieterschutz auch für die Zukunft ausreicht. Die jetzigen Bestimmungen lassen eine Aushöhlung der Schutzbestimmungen durch die Reformminister der Länder zu. Von dieser Möglichkeit ist in der Vergangenheit reichlich Gebrauch gemacht worden. Es sei nur an die Herausnahme der gewerblichen Räume und der sogenannten teureren Wohnungen aus der Zwangswirtschaft erinnert. Der kürzlich durch den Verbandspräsidenten Hopp in Essen unternommene Versuch, auf dem Wege der Verordnung die Mietgrenze für zwangsbewirtschaftete Wohnungen auf 600 M. jährlich herabzusetzen, beweist sehr deutlich, wie unzureichend und gefährlich die gegenwärtigen Mieterschutzbestimmungen sind.

Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß bei Freigabe von Wohnungen mit einer Friedensmiete von über 600 M. die breiten Massen der Mieter nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Wenn diese Wohnungen aus der Zwangsbewirtschaftung herausgenommen werden, dann tritt unverzüglich eine Abwanderung der Mieter in kleinere, billigere Wohnungen ein. Die Nachfrage nach solchen Wohnungen steigt, was auf die Mieten dieser Wohnungen bzw. die von den Mietern in einer solchen Zwangslage

zu übernehmenden Nebenleistungen (z. B. hohe Instandhaltungskosten) nicht ohne Einfluß bleibt. Ein weiterer Mangel liegt auch darin, daß die Länderregierungen sehr nach eigenem Gutdünken Mieterleistungen vornehmen können. Ein Antrag des Abgeordneten Lipinski (S.D.) sollte dem einen Riegel vorziehen. Die Festsetzung einer einheitlichen Reichsmiete war das Ziel des Antrages, er hat jedoch im Reichstag keine Mehrheit gefunden.

Angefaßt der heutigen Wirtschaftslage und der trotz einer verhältnismäßig günstigen Entwicklung des Wohnungsbaues in den letzten Jahren noch erschreckend großen Wohnungsnot darf der Reichstag nicht nur die Mieterkategorie einfach verlängern, sondern er muß die einzelnen Bestimmungen dahin ergänzen, daß die bisher beliebte Umwidmung des Mieterschutzes und die damit verbundene offene oder verdeckelte Steigerung der Mieten zugunsten der Hausbesitzer unmöglich wird.

In diesem Zusammenhang wird auch zu prüfen sein, wie weit die Festsetzung der Neubaumieten einer stärkeren Kontrolle der öffentlichen Hand zu unterwerfen sind. Es scheint so, als ob trotz allen Bedenken, daß die gebundene Wirtschaft im Wohnungswesen die Bautätigkeit hemmt und insbesondere die private Baumwirtschaft an der Entfaltung hindert, für Leute, die es verstehen, der Wohnungsbau noch ein sehr lukratives Geschäft ist. Die dabei gemachten Gewinne müssen aber von den Mietern dieser Wohnungen getragen werden.

R. Es. (Gewerkschaftszeitung.)

Verwaltungsstelle Berlin im Jahre 1929.

Die durch die Gesamtlage der deutschen Wirtschaft verursachte starke Berufsarbeitslosigkeit zog sich wie ein roter Faden durch unser Verbandsleben. Wenn trotzdem organisatorisch und finanziell kein besonderer Schaden für den Verband eingetreten ist, so liegt es von der inneren Kraft der Organisation. Alle Branchen hat mehr oder minder die Arbeitslosigkeit beinfaßt und ist in keiner derselben von einer auch nur vorübergehenden Konjunktur zu berichten. Trotzdem wurden in allen Branchen die bestehenden Lohnsätze kündigt und gelang es auch überall, neue Lohnsätze abzuschließen. Die Erhöhungen in den einzelnen Branchen betragen zwischen 3 und 11 Pfennigen. Alle Bewegungen wurden auf dem Verhandlungswege durch die Schlichtungsinstanzen und nur in einem Falle durch einen wöchentlichen Streit erledigt. Die Mantelstoffe sämtlicher Hauptbranchen Lederwaren, Tapezierer, Autosattler, Treibriemen, Ölseum und Plan sowie Geschirre, blieben für das Jahr 1929 unverändert in Kraft. Auch in anderen Industrien, mit deren Organisationen wir im Kartellverhältnis stehen, wurden Lohnserhöhungen erreicht. So beispielsweise in der Metall- und der Textilindustrie sowie im Theater- und Hotelgewerbe.

Als Folge der schlechten Arbeitslage waren viele Differenzen zu erledigen. 132 Klagen mußten beim Arbeitsgericht und Landesarbeitsgericht eingereicht

werden. In sechs Fällen erfolgte Abweisung, fünf Klagen wurden zurückgenommen, die übrigen waren erfolgreich durch Urteil und Vergleich. Zahlreiche Streitfälle fanden ihre Erledigung vor den Schlichtungsinstanzen, besonders in der Tapezierbranche. Der Kreis der Betriebsräte erfuhr im Berichtsjahre eine Erweiterung. 81 Betriebe unserer Berufsämter mit 212 Betriebsräten und Obleuten behielten Regelmäßige Zusammenkünfte werden zur Informations- und Behandlung von einschlägigen Betriebsfragen abgehalten. Ferner fand ein Sonderkurs für die Betriebsräte unseres Verbandes statt. Die Kollegen als Vertreter der besonderen Interessen der Betriebsräte haben sich und Stimme in der Ortsverwaltung. Die Jugendabteilung ist während des Jahres haktiv geblieben. 250 Jugendliche gehören derselben an. Regelmäßige Veranstaltungen in Form von Monatsversammlungen sowie ein- und mehrtägige Wanderfahrten haben zum engeren Zusammenklingen viel beigetragen. Trotzdem ist der prozentuale Anteil der daran Beteiligten noch nicht befriedigend. Hier ist eine stärkere Beeinflussung der Jugend durch die erwachsenen Kollegen unumgänglich notwendig. Auch die gehörlosen Kollegen haben als Sektion der Verwaltungsstelle ihre regelmäßigen Zusammenkünfte, um dort ihre allgemeinen und besonderen Interessen behandeln zu können, dies in den allgemeinen Verbandsveranstaltungen leider im ausreichenden Maße nicht möglich ist.

Den Verhältnissen entsprechend ist die Beitragszahlung und der Mitgliedsbestand als befriedigend anzuspüren. Umgelegt wurden im Laufe des Jahres 255 971 Beitragsmarken, davon 205 371 bezahlte und 50 600 Erwerbslosenmarken. Der Jahresdurchschnitt beträgt pro Mitglied 50,- Marken, davon 40,- Marken bezahlte und 10,- Erwerbslosenmarken. Trotz der großen Zahl von 1372 Entnahmen, schloß das Jahr mit einem kleinen Verlust von 20 Mitgliedern ab. Am Anfang des Jahres waren 5085 und am Schluß des Jahres 5065, darunter 681 weibliche Mitglieder vorhanden. Angefaßt der Wirtschaftslage ein befriedigendes Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse schloß mit 223 838 65 M. ab. Geführt wurde an die Hauptkasse 81 020,30 M. Besonders illustriert die Arbeitsmarktlage durch die für Rechnung der Hauptkasse ausgezahlte Kranken- und Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 82 094,05 M.

Auch die Ortskassen wurde durch die Arbeitslosigkeit stark in Anspruch genommen. Allein für betriebsfreie Marken während des Unterstützungsbezugs wurden 12 658,95 M. verausgabt. Für Unterstützung in besonderen Notfällen kamen 1930,00 M. und für Weihnachtunterstützungen 10 712,00 M. zur Auszahlung. Trotzdem fand eine Vermehrung des Ortskassenbestandes von 103 351,54 M. auf 121 205,55 M. statt.

Dieser kleine Auszug aus dem ausführlichen schriftlichen Bericht soll zeigen, daß die Verwaltungsstelle Berlin befreit ist, im Rahmen der Gesamtarbeitorganisation auch unter ungünstigen wirtschaftlichen Bedingungen ihre gewerkschaftliche Pflicht zu erfüllen

Die historische Bedeutung der Leipziger Messe.

Von Arno Kapp.

(Nachdruck verboten.)

Wer denkt heute noch bei dem Wort „Messe“ an die alten Leipziger Jahrmärkte, aus denen die Messen entstanden sind? Erst das 17. Jahrhundert hat ja das Wort „Markt“ in Leipzig durch „Messe“ ersetzt und verdrängt. Wenn man heute von preussischer Seite aus eifernd auf Leipzig herüberblickt, so erfüllt man nur eine historische Mission. Jahrhunderte lang lagen ja Halle und Magdeburg wegen ihrer Märkte mit dem tatsächlichen Leipzig im Streit, so wegen des Kaufjahrmarktes. Als z. B. die Stadt Magdeburg am 17. März 1407 abermals ihre beiden Märkte öffentlich ausdrieb, folgte der Leipziger Rat den Entschluß, für seine schon damals bestehenden drei Märkte ein kaiserliches Privileg zu erwerben. Im Auftrage des Rates reiste daher der Ratsherr Kunz Krell an den Hof des Kaisers Maximilian I. nach Innsbruck, wo er beim kaiserlichen Sekretär Gregus Delfinger Förderung in seinem Anliegen fand. Fast ein Vierteljahr dauerte die Reise, aber sie war erfolgreich. Krell brachte ein kostbares Dokument mit nach Hause, in welchem Maximilian unterm 20. Juli 1407 die drei Leipziger Jahrmärkte bestätigte und verbot, fortan in den Bistümern Magdeburg, Halberstadt, Meißen, Merseburg und Raumburg neue Jahrmärkte und Freihelten aufzurichten. Sehn Jahre später, am 23. Juli 1507, bestätigte und befestigte Maximilian, auf Bitten des Rates nochmals ihr Niederlage- und Stapelrecht mit großen und kleinen Waren und gebot:

Fortan solle kein Jahrmarkt, Messe oder Niederlage im Umkreis von 15 Meilen um die Stadt Leipzig ausgerichtet werden.

Mit diesem Privileg wurden die Leipziger Messen gleich denen der Stadt Frankfurt am Main zu Reichsmessen erhoben. Dieses Privileg war der Ausgangspunkt einer Reihe von Streitigkeiten, war aber gleichzeitig auch die stärkste Waffe der rasch emporklimmenden Stadt in seinem wirtschaftlichen Kampfe

mit anderen Handelsstädten. Gegen 70 Städte, Marktstädte und Dörfer glaubten sich im Laufe der Jahrhunderte durch Leipzig bedroht und in ihrer Entwicklung gehemmt, immer aber ging die Stadt als Sieger aus diesen Streitigkeiten hervor. Den Sieg aber verdankte Leipzig neben einem wohlgefüllten Stadtsäckel und der besonderen Gunst und Unterstützung seiner Landesherren in erster Linie dem kaiserlichen Privileg vom Jahre 1507.

Die Entwicklung Leipzigs zum wirtschaftlichen Mittelpunkt des damaligen Europas lag in dem verlebten Stapel- und Niederlagsrecht, welches in erster Linie darin bestand, daß Leipzig im Umkreis von 15 Meilen die einzige Stadt sein sollte, in welcher Warenablagen errichtet werden durften, und daß ferner alle Waren, welche in diesen Kreis eingeführt wurden, nicht auf Nebenstraßen wie die Stadt herumgeführt werden durften, sondern auf den geordneten Stelz- und Stapelstraßen in die Stadt gebracht und hier nach alter Gewohnheit drei Tage lang zum Verkauf ausgestellt werden mußten, bevor ein Weiterfahren gestattet war.

Dieses ständige Ausstellen von Waren bedingte sehr bald die Errichtung von Ausstellungsräumen. Im Jahre 1482 erbaute der Rat für Tuch- und Weinwandhändler das Gewandhaus. Es erhielt damals schon mehr als 300 Verkaufsstände. Rühlner und Schuhmacher hatten ihre Stände im gemeinsamen Schuh- und Bekleidungs- der Handwerke verankert auf bestimmten Straßen oder Plätzen, so die Böttcher in der Böttchergasse, die Schuhmacher in der Schuhmachergasse usw., wo sie durch ihre Innungen Stände errichteten. Im Mittelpunkt des gesamten Messenverkehrs stand auch damals schon das alte Waagegebäude (das heutige Messenamt), welches im Jahre 1555 von Hyeronimus Votter auf dem Markte erbaut worden war.

Um bei der starken Zunahme des Messenverkehrs zu Beginn des 16. Jahrhunderts geeignete Unterkunfts- räume zu erhalten, begannen schon in dieser Zeit die an der Messe interessierten Kreise mit dem Umbau der alten Wirtschaftshöfe zu großen Handelshöfen, welche meist von einer Straße zur anderen durch-

geführt waren. Die zwischen beiden Straßen liegenden „Rehhöfe“ nahmen Händler und Reisewagen auf. Ein großer Teil dieser Durchgangshöfe aus der Barockzeit dient ja heute noch dem Messenverkehr.

Längst hat die Leipziger Messe aufgehört, nur kontinentaler europäischer Mittelpunkt zu sein, denn in Leipzig trifft sich heute die Kaufmannschaft der ganzen Welt. Nirgends kann man sich überlegen einen treffenderen Begriff von der Unendlichkeit der Wirtschaftspraxis bilden, als gerade auf der Leipziger Messe, wo zurzeit gegen 60 gigantische Rehhöfe und Ausstellungshallen die Fülle der Weltzeugnisse einer ganzen Welt beherbergen.

„Zeit ist Geld.“ Dieses Sprichwort hat die gewaltigen Pläne der Vorkriegszeit in der Umgestaltung des Messensens überholt. Konzentration um die heute das Verlangen der Aussteller. Daher sehen wir heute Pläne reifen, die phantastisch anmuten und doch die Zukunft bedeuten. So planen das Messenamt und die an der Messe interessierten Kreise ein Messehotel-Hochhaus mit 1000 Betten im Innern der Stadt. Auf dem Gelände der Technischen Messe am Börsenplatzdenkmal entsteht eine Halle neben anderen, und die Zeit ist nicht mehr allzufern, welcher sich das gesamte Messenausstellungswesen auf diesem Gelände abspielen wird.

Die Frühjahrsmesse steht vor der Tür, und schon darf gesagt werden, daß auch sie sich ebenbürtig anreihen wird an ihre Vorgängerinnen. Der Erfolg der Leipziger Messe ist nun einmal das Wirtschaftsbarmeter Deutschlands für das ganze Jahr. Sie spielt sich in wenigen Tagen alles ab, was die deutsche Wirtschaft angeht.

Wenn in Zukunft vielleicht infolge der modernen Verkehrsverhältnisse die Herbstmesse eine Einschränkung erfahren wird, so dürfte diese Einschränkung jeweilig der Frühjahrsmesse zugunsten kommen. Den Septimern kann gesagt werden, daß die Leipziger Frühjahrsmesse nicht nur bleiben, sondern in Zukunft sich erfolgreich weiter entwickeln wird zum Wohle des gesamten deutschen Wirtschaftswesens.

Berichte aus den Verwaltungsstellen

**Berlin.** Die für den 31. Januar festgesetzte Jahresversammlung fand ein vorzeitiges Ende, weil fünf Verbandsschlichter auf Grund ihres Treibens sich außerhalb der Organisation gestellt hatten und der formelle Ausschluß durch den Hauptvorstand auf einstimmigen Antrag der Ortsverwaltung die einzig mögliche Folge war, verstand es eine schrittweise Minderheit, den ordnungsgemäßen Verlauf der Versammlung zu verhindern. Eine maßlose Hege in den Betrieben gegen die Organisation, gestärkt durch zahllose Flugblätter und mit Unterstützung des kommunistischen Berliner Parteiorgans, sollte den gewalttätigen Eintritt der Ausgeschlossenen in die Versammlung erzwingen. Dies wurde natürlich durch dementsprechende Kontrollmaßnahmen verhindert. Sofort nach Eröffnung der Versammlung wurde nun der Antrag von Seiten der sogenannten Opposition gestellt, die Ausgeschlossenen den Zutritt zur Versammlung zu gestatten. Kollege Osten nahm nun Gelegenheit, vor etwa 1000 anwesenden Mitgliedern darzulegen, wie auf Geheiß der KPD die Spaltung in der Berliner Verwaltungsstelle vor sich gehen sollte. Er wies nach, wie die ausgeschlossenen Mitglieder, die zum Teil auch Funktionäre waren, durch Herausgabe einer regelmäßig erscheinenden Schmutzschrift, die von einem kommunistischen Landtagsabgeordneten verantwortlich gezeichnet wird, den Verband und seine Einrichtungen fortgesetzt beschmutzt und herabgesetzt haben. Wie ferner diese Kollegen sich nicht gekümmert haben, öffentliche Versammlungen im Namen des Verbandes einzuberufen, nur zu dem Zweck, um im Verein mit kommunistischen Parteiangestellten, die mit der Organisation rein gar nichts zu tun haben, den Verband zu bekämpfen und durch Sammlung von Unterschriften und Adressen der sogenannten Oppositionsmitglieder die Spaltung der Organisation vorzubereiten. Resolutionen und Anträge wurden in diesen öffentlichen Versammlungen von der kommunistischen Gewerkschaftszentrale vorgelegt und gelangten nach Annahme wieder in die Hände der KPD zurück. Dori sollte der Vorstand nach Aufforderung der Ausgeschlossenen Einsicht in die gefassten Beschlüsse nehmen. Dieser gewerkschaftliche Irrsinn in Verbindung mit der Mitwirkung und Bestätigung der von der KPD inszenierten Reichs- und Bezirkskongresse machte die Mitgliedschaft der beteiligten Kollegen zur Unmöglichkeit. Die von den ausgeschlossenen Kollegen vertretene Auffassung: Bildung von besonderen Kampfleitungen, Einrichtung von kommunistischen Vertrauensleuten in den Betrieben, Aufstellung eigener, gegen die freien Gewerkschaften gerichteter Betriebsratslisten und Einheitsfront mit den unorganisierten Kollegen bildeten den Höhepunkt des verbandsschädigenden Treibens dieser Leute. Eine Organisation, die stets im Auftrag ihrer Mitgliedschaft gehandelt hat und handeln wird, mußte aus eigener Selbstachtung heraus den Schlußstrich ziehen.

Kollege Osten wies darauf hin, daß der Hauptvorstand schon in der Nr. 45. Jahrgang 1929, unleres Fachorgans auf die Konsequenz obiger Handlungsweise hingewiesen hat und die ausgeschlossenen Kollegen mit ihrer verbandsschädigenden sich automatisch außerhalb der Organisation gestellt haben. In der Berliner Verwaltungsstelle hat jedes Mitglied das Recht der Kritik und der Meinungsfreiheit, aber immer nur im Rahmen der durch die Satzungen und Beschlüsse der Verbandskörperchaften bedingt ist. Aber niemals kann zugelassen werden, daß außerhalb unseres Verbandes unser Schicksal durch die von der kommunistischen Gewerkschaftszentrale einberufenen öffentlichen Versammlungen entschieden wird. Nicht einer politischen Partei und deren Drahtzieher können wir unsere gewerkschaftlichen Aufgaben überlassen, sondern der Wille der Mehrheit der Mitgliedschaft ist maßgeblich für die Erfüllung der gestellten Aufgaben.

Der nunmehr gestellte Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über die Zulassung der fünf ausgeschlossenen fand Annahme. Das passte aber nicht den Diktatorgeleuten einer kleinen Minderheit. Einsehender Tumult und Kabau machten die Fortsetzung der Versammlung unmöglich. Deshalb schloß der Vorsitzende mit einem von der Mehrheit begünstigt aufgenommenen Hoch auf den Verband die Versammlung.

**Chemnitz.** Generalversammlung vom 18. Januar 1930. Nach Bekanntgabe der Abrechnung vom vierten Quartal 1929 durch den Kassierer Braun ging der Vorsitzende Schulze dazu über, einige Betrachtungen über das verlossene Geschäftsjahr anzustellen.

Der äußerst schlechte Geschäftsgang in allen Branchen und die dadurch entstehende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit wirkte niederdrückend auf das ganze Verbandsleben der Verwaltungsstelle. Der Besuch der Versammlungen war nicht befriedigend, das Interesse der Kollegen im Verbandsleben ließ manches zu wünschen übrig. Die zentral geführten Lohnbewegungen brachten den Kollegen der ver-

schiedenen Sparten einige Vorteile, aber die Tapezierbranche hatte mit ihrer Lohnbewegung keinen Erfolg. Kollege Schulze kam auf die reichliche Tätigkeit des Gehilfenauschusses zu sprechen und richtete bei dieser Gelegenheit an die Lehrlinge und jugendlichen Kollegen den Appell, der Gewerkschaft die Treue zu bewahren. Am Ende seiner Ausführungen beglückwünschte Kollege Schulze die beiden Kollegen Gustav Baule und Josef Mayer, die beide auf eine 25jährige Mitgliedschaft in unserer Gewerkschaft zurückblicken können.

Zum Schluß sei noch erwähnt, in welcher Weise sich das Verbandsleben abgewickelt hat. Es fanden statt: 10 Volkversammlungen, 6 Vorstandssitzungen, 1 Vertrauensmänneritzung, 3 Branchenermittlungen für die Tapezierer und 2 für die Treibriemen-sattler, 6 Werkstattitzungen und 2 Wahlen für den erweiterten Vorstand. In 8 Ortsauschüßitzungen, 4 Betriebsratversammlungen in der Bauhütte, im Gehilfenauschluß und in der Jugendbewegung waren die dazu bestimmten Funktionäre in Anspruch genommen.

Den Kassenbericht vom Jahre 1929 gab der Kassierer Braun. Die Gesamteinnahme für die Hauptkasse betrug 19 990,82 M., die Ausgabe betrug 16 087,18 M.; es konnten demnach 3893,64 M. an die Hauptkasse eingeschickt werden.

Der Lokalkassenbestand beträgt am Ende des Jahres 4987,80 M. Am Jahresbeginn betrug er 4385,21 M.; ist also um 602,59 M. gemachsn.

Mitglieder hatten wir am Schluß des Jahres 500 männliche, 62 weibliche, davon 53 Lehrlinge. Die Mitgliederzahl ist um 24 zurückgegangen. Kassierer Braun kam auf den Werbemonat Oktober

**Die Betriebsvertretungen, seien es Obmänner oder Betriebsräte, können nichts ausrichten, wenn sie nicht als Rückenstärkung ihre Gewerkschaften hinter sich haben. Sie können ihre Aufgaben nur Hand in Hand mit ihrem Verband erfüllen. Bei den Betriebsräteverhandlungen sind nur die Listen der im ADGB vereinigten Gewerkschaften zu beachten. Alle anderen Wahlabkommen sind zu vermeiden.**

zu sprechen, der infolge der Arbeitslosigkeit in keiner Weise befriedigen konnte. Je mehr sich die Arbeitsverhältnisse verschlechterten, mehr aber auch das Arbeitsgericht angerufen werden. Von 9 Klagen waren 8 mit Erfolg und brachten den Kollegen 408,25 Mark.

Kollege Braun konstatierte, daß das Verbandsleben der Filiale Chemnitz im allgemeinen gesund ist und bei guter Werbe- und Agitationsstätigkeit der Aufstieg nicht ausbleiben wird.

Den Bericht über die Jugendabteilung gab der Jugendleiter Erich Biehweg. Außer 7 Versammlungen fanden noch 3 Ausflüge und Spaziergänge statt. Die Zahl der Jugendlichen beträgt 64. Es soll alles daran gesetzt werden, um die Jugendbewegung vorwärtszutreiben. Der Bibliothekar Fuhrmann kam noch auf die Benutzung der Bibliothek zu sprechen und betonte, daß das Lesebedürfnis der Kollegen gestiegen ist. Die Bibliothek zählt 318 Bände. Die hierauf eingehende Generaldiskussion hielt sich in den Grenzen der gegebenen Berichte und war von kurzer Dauer.

Bevor zur Neuwahl der Ortsverwaltung geschritten wurde, dankte Kollege Schulze allen Funktionären für ihre geleistete Arbeit. Die Neuwahl ergab die Wiederwahl der bisherigen Ortsverwaltung: Die Kollegen Herrmann Schulze und Christian Franz als Vorsitzende; als Schriftführer Silbermann und Dreschneider; als Kassieren Fuhrmann, Nobel und Quas. Die Kollegen Fuhrmann und Christelbauer als Bibliothekare, und als Jugendleiter Kollege Erich Biehweg. Außerdem wurde noch eine Kommission für besondere Veranstaltungen gewählt. Nach Erledigung einiger Gewerkschaftsangelegenheiten hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Vorsitzender Schulze hat die Anwesenden, eifrig an der Entwicklung mitzuarbeiten, denn nur durch den engeren Zusammenschluß können wir den Ansturm des Kapitals abwehren.

Eugen Silbermann.

**Frankfurt a. M.** In der am 7. Februar stattgefundenen Jahresversammlung erstatteten die Kollegen Albert und Wolter Bericht über das verlossene Jahr. Der durchschnittliche Arbeitslohn betrug 192 Mitglieder gegen 132 1928, demzufolge hatten wir bei der Werbung von Mitgliedern mit sehr großen Schwierigkeiten zu rechnen. Großbetriebe fehlen zur Zeit ganz in Frankfurt a. M. Die großen Ledermwarenbetriebe mit zum Teil über 100 Beschäftigten sind eingegangen oder nach aus-

wärts verzogen, so daß wir nur noch mit Mittel- und Kleinbetrieben zu rechnen hatten. Die Fluktuation war sehr groß. Bei 291 Aufnahmen hatten wir 241 Ausschlüsse zu verzeichnen. Tarifverträge wurden neue nicht abgeschlossen, nur in der Möbelbranche gelang es die Feriebestimmung zu verbessern. Als höchste Feriengewährung gelten jetzt acht Arbeitstage nach dreijähriger Beschäftigung früher waren es sieben Tage nach fünfjähriger Beschäftigung in einem Betrieb. In allen Branchen ist es gelungen, die Tariflöhne zu erhöhen. Bei den Tapezierern wurden die Tariflöhne um 3 bis 6 Pf. erhöht. In der Ledermwarenindustrie wurden die Löhne von 1,05 auf 1,08 M. erhöht. Auch für die Autoindustrie ist für Sattler wenig Beschäftigungsmöglichkeit in Frankfurt vorhanden; der größte Betrieb am Ort, die Adlerwerke, wo früher einmal bis zu 240 Sattler arbeiteten, beschäftigen heute nur noch 25 Sattler; der Tariflohn wurde um 4 Pf. erhöht. Treibriemen- und Handwerksattler sind bald ausgestorben, aber desto mehr Lehrlinge; gibt es doch in Frankfurt 170 Tapezierer, 51 Sattler- und 18 Portefeulierlehrlinge. Die Tapezierer-Zwangsinnung hat in ihrer letzten Versammlung folgenden Beschluß gefaßt: „Jeder Meister, der bis zu drei Gehilfen beschäftigt darf nur einen Lehrling halten; wenn der Lehrling im letzten Halbjahr lernt, darf ein weiterer Lehrling eingestellt werden. Werden dauernd mehr als drei Gehilfen beschäftigt, so können zwei Lehrlinge eingestellt werden.“ Dieser Beschluß der Innung kam wohl aus dem Grunde zustande, damit die große Konkurrenz unter den selbständigen Tapezierern eingeschränkt werden soll. Großes Gewicht legten wir auf die Gewinnung und Schulung unserer jungen Kollegen. Jeden Dienstag kommen unsere Jugendlichen und Lehrlinge zusammen, um in heiteren und ernsten Veranstaltungen Geist und Körper zu pflegen, damit sie später die älteren Kollegen ablösen können. Am Arbeitsgericht hatten wir 18 Klagen zu vertreten und konnten hierbei für unsere Kollegen 1092 M. herausgeholt werden. Im ganzen war die Ortsverwaltung an 218 Veranstaltungen beteiligt. Die Einnahme der Hauptkasse betrug 26 474,15 M., Arbeitslosenunterstützung zahlten wir 7833,60 M. und Krankenunterstützung 2099,50 M.; an die Hauptkasse konnten wir 10 892,45 M. einleunden. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 14 918,82 Mark; am Schluß des Jahres war ein Kassenbestand von 4698,71 M. vorhanden. An Agitation wurde von den einzelnen Kollegen vieles geleistet, aber es sind leider nur einige, die sich der Ortsverwaltung zur Verfügung stellen. Wir haben hier und in den Nachbarorten noch so viel Unterstützungsarbeit zu leisten, daß jeder mitarbeiten muß. Hoffen wir, daß bald ein Umschwung in der Wirtschaft eintritt, damit die Lebenslage der Arbeiterschaft gehoben werden kann. Hierzu bedarf es der Arbeitgebertum nichts abringen. Die alte Ortsverwaltung und sonstigen Funktionäre wurden bis auf einen Kollegen, der Familienverhältnisse halber sein Amt nicht mehr bekleiden kann, wiesbergewählt.

**Münchberg.** Generalversammlung vom 24. Januar 1930. Vorsitzender Kollege Neubauer gab einen kurzen übersichtlichen Bericht von der Tätigkeit im verlossenen Jahr. Aus dem Beschäftigungsgrad der verschiedenen Branchen ersah man, daß keine derselben voll beschäftigt war. Am meisten hatten die Kollegen der Tapezierbranche und der Portefeulierindustrie unter Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu leiden. Verhältnismäßig am besten war noch die Keilfedernindustrie beschäftigt. Neubauer gedachte der im vergangenen Jahre Verstorbenen. Es sind dies sechs Kollegen und eine Kollegin. Dieselben wurden in üblicher Weise geehrt. Kollege Böbner gibt den Kassenbericht. Der Gesamtertrag für die Hauptkasse betrug 34 172,72 M. Allein an Arbeitslosenunterstützung wurden 10 723,05 M. ausgezahlt, woraus am besten zu ersehen ist, wie groß die Arbeitslosigkeit im Berichtsjahre war — im Jahresdurchschnitt waren rund 40 Proz. aller Mitglieder arbeitslos. — Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 16 883,48 M., die Ausgaben 13 444,35 M. Kassenbestand am Schluß des Geschäftsjahres 3189,13 M. Der Mitgliederbestand war am Ende des Jahres 598 männliche und 442 weibliche Mitglieder, gegenüber am Anfang des Jahres 1929 ein minus von 48 männlichen und 33 weiblichen Mitgliedern. Die Neuwahl der Verwaltung ergab mit großer Stimmenmehrheit die Wiederwahl der bisherigen Kollegen. Es sind dies: 1. Vorsitzender Neubauer, 2. Vorsitzender Behaim, Schriftführer Gittinger, Kassierer Vogel, Körner und Singer. Als Kartelldelegierte Vogel und Kern. Nach Erledigung einiger beruflichen Angelegenheiten dankte Neubauer der Verwaltung für das Vertrauen, das sie der alten Verwaltung durch die Wiederwahl geschenkt hat und bat, auch im neuen Jahr dem Verband die Treue zu bewahren, denn nur durch Einigkeit und Geschlossenheit werden wir die Kämpfe, die uns bevorstehen, erfolgreich bestehen.

Gittinger.

**Freiberg i. Sa.** Am Sonnabend, dem 1. Februar 1930, fand im Rest. Stadt Gotha unsere Jahreshauptversammlung statt. Der Vorsitzende Kollege Sieber gab einen kurzen Bericht über das vergangene Jahr, wobei hauptsächlich Arbeitslosigkeit und Krankheit bemerkt wurden. Anschließend gab der Kassierer Kollege Morgenstern den Quartals- und Jahreskastenbericht bekannt. Aus letzterem war ersichtlich, dass unsere Finanzen stark in Anspruch genommen wurden. An Erwerbslosen- und Krankenunterstützung sind 1719 Mk. ausgezahlt, da 50 Proz. Arbeitslose und Kranke in unserer Verwaltung vorhanden sind. Die Kasse wurde von den Kassierern in musterhafter Ordnung befunden. Unter Neuwahl wurde der bisherige Vorstand in seiner Zusammenstellung wieder einstimmig gewählt: Vorsitzender Sieber, Kassierer Morgenstern, Schriftführer Ziegler, Revisoren Schweigler und Dehme. Beisitzer Phillips und Schweigler. Kartelldelegierter Kubisa. Der Vorsitzende dankte der Ortsverwaltung für ihre treue Mitarbeit, und ermahnte die Anwesenden zur tatkräftigen Mitwirkung.

Paul Ziegler.

**Guttstadt.** Generalversammlung am 8. Februar 1930. Kollege Scharner erstattete den Kassenbericht über das letzte Quartal. Die Revisoren hatten Abrechnung, Marken und Besize geprüft und alles für richtig befunden. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Es erfolgte Neuwahl des Vorstandes; dieser setzt sich zusammen: Vorsitzender Kollege Wichmann, Kassierer Kollege Scharner, Schriftführer Kollege Paul, Revisoren die Kollegen Grafenien und Hoffmann. Mit dem Wahnmot, auch bei schlechteren Zeiten treu zum Verbands zu stehen, wurde die Versammlung geschlossen.

Adolf Paul.

### Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende Januar 1930.

Die Lage des Arbeitsmarktes hat in den ersten Wochen des Jahres 1930 eine weitere schwere Belastung erfahren. Nach dem Bericht der Reichsstatistik betrug die Zahl der versicherten Erwerbslosen in der Woche vom 23. Januar bis 1. Februar 2,21 Millionen Personen. Das bedeutet einen Zustrom in der Berichtswoche von 70.000 Hauptunterstützungsempfängern. Hervorzuheben ist, daß die Zahl der in dieser Woche erwerbslos Gewordenen im Vergleich mit den beiden ersten Januarwochen, in denen je 120.000 Personen und mit der dritten Januarwoche, in der 90.000 Hauptunterstützungsempfänger mehr gezählt wurden, geringer geworden ist und somit eine gewisse Besserung der Arbeitsmarktlage eingetreten ist. Es scheint damit, wenn nicht noch ein strenger Nachwinter einsetzt, die Höhe der Krise überschritten zu sein, während im vorigen Jahr der Höhepunkt der Erwerbslosentziffer infolge des strengen Winters erst Ende Februar, Anfang März erreicht wurde.

Für unseren Verband zeigt die Erhebung am Ende des Januar ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Die Zahl der männlichen Arbeitslosen betrug 7157, gleich 32,8 Proz. gegen 28,8 Proz. Ende 1929 und 19,5 Proz. Ende 1928. Die Zahl der weiblichen Arbeitslosen betrug Ende Januar 1930 1241, gleich 21,6 Proz. gegen 20,7 Proz. Ende 1929 und 16,2 Proz. Ende des Jahres 1928. Rechnen wir Kurzarbeiter um in Vollarbeitslose, so waren insgesamt arbeitslos Ende 1928 23,2 Proz., Ende 1929 33,2 Proz., und Ende Januar 1930 38,8 Proz.

Auf die einzelnen Gauen verteilen sich Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit wie folgt:

Gau	Arbeiter ohne Streikmöglichkeit	Dieselben betten Mitglieder		Dann waren arbeitslos		Arbeitslos in Prozent	Mitt. Gehalt	Mitt. Gehalt im Dez. 1929	Mitt. Gehalt im Jan. 1930	
		m.	w.	m.	w.					
Ostgau	40	6129	1047	1959	199	21,5	30,7	496	434	12
Nordgau	24	2446	372	836	75	9,1	32,3	485	2185	79
Mitteldeutschl.	29	1638	517	496	112	60,25	19,1	4	63	39
Freistaat Sachsen	16	2926	736	1112	109	122,1	33,3	318	1	19
Bavarn	11	1490	664	515	1-5	70	33,1	216		
Süd-Westa.	509	19111	746	507	2253	32,2	399	5353	75	
Rheinland-Westfalen	21									
Westfalen	21	2158	500	493	54	54	19,7	144	4	2
<b>Gesamtwerb.</b>	<b>1622</b>	<b>21851</b>	<b>5747</b>	<b>7157</b>	<b>1241</b>	<b>32,8</b>	<b>30,4</b>	<b>2249</b>	<b>20</b>	<b>100</b>

Berkürzt arbeiteten 3935 männliche und 1414 weibliche, zusammen 5349 Verbandsmitglieder gleich 19,4 Proz. gegenüber 16,5 Proz. Ende des Jahres 1929.

	Männl.	Weibl.	Zus.	Dz.	Nov.	Dez.	Jan.	Ursache Subst.	
								1929	1930
1 bis 8 Std.	921	208	1124	2,6	3,5	2,7	4,1		
9 bis 16 Std.	1013	350	1363	3,2	3,8	4,7	4,0		
17 bis 24 Std.	1842	800	2642	5,0	4,4	7,3	9,6		
25 u. mehr Std.	159	61	220	0,6	1,0	1,8	0,8		
<b>Zusammen</b>	<b>3735</b>	<b>1414</b>	<b>5349</b>	<b>11,4</b>	<b>12,7</b>	<b>16,5</b>	<b>19,4</b>		

Verbandsmitglieder: Reichsbau: Bruno Engel, Berlin. Ostgau: E. Gerhardt, Berlin. Westfalen: Hermann Schubert und Seitzgehilfe Paul Engel & Co., Berlin. Süd-Westa.:

### Aus der Gewerkschaftsbewegung

**Arbeiter-Olympiade 1931.** Die 2 Millionen Mitglieder umfassende Arbeiter-Sport-Internationale veranstaltet im Jahre 1931 in Venedig die zweite Arbeiter-Olympiade. Im Februar finden in Nürnberg die Sommerpiele und im Juli in Wien die Winterpiele statt. Da die Gewerkschaften an der geistigen und körperlichen Erziehung ihrer Mitglieder Interesse haben, sollten sie die Veranstaltung auch zu ihrer Sache machen. Sie ist nicht nur ein großes sportliches Ereignis, sondern soll vor allem dazu beitragen, daß der Gedanke der richtigen Verwendung der Freizeit der Arbeiter gefördert wird. Die einzelnen Gewerkschaften können ihr Interesse für die Sport-Internationale am besten dadurch betonen, indem sie dazu beitragen, daß in den Großbetrieben bei der Urlaubsbereitung auf das großinternationale Arbeiterfest Bedacht genommen wird.

**Goldenes Jubiläum des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes.** Der Amerikanische Gewerkschaftsbund feiert in diesem Jahre sein goldenes Jubiläum. Vor 50 Jahren wurde die amerikanische Vandeszentrale in Pittsburg gegründet. Bereits jetzt werden Vorbereitungen getroffen, um den in diesem Jahre in Boston tagenden 50. ordentlichen Kongress zu einer großen Feier für die ganze amerikanische Gewerkschaftsbewegung zu gestalten.

### Eine arbeiterfeindliche Organisation.

Es handelt sich um die Deutsche Turnerschaft, die vor dem Kriege Mitglieder ausschloß, von denen bekannt wurde, daß sie den freien Gewerkschaften oder der Sozialdemokratie angehörten. Als Ausschlußgrund genügte auch schon das Wesen einer Arbeiterzeitung und die Freundschaft mit einem sozialdemokratischen Abgeordneten. Nach dem Umsturz sind die Verhältnisse in der Deutschen Turnerschaft nicht viel besser geworden. Ausnahmen bestätigen die Regel. Der Vorsitzende des deutschen Turnvereins Böhlen bei Leipzig wurde bei den Kommunalwahlen im November 1929 als Spitzenkandidat einer bürgerlichen Liste in das Gemeindeparlament gewählt und hat dort bei der Wahl des Gemeindevorstandesvorsitzers seine Stimme für einen Sozialdemokraten abgegeben! Daraufhin schrieb die „Rothsahr Nachrichten“ in einem Eingelassen unter der Überschrift: „Der deutsche Turnverein jagt, Böhlen, unter marxistischer Führung“. In erster Linie aber werden sich die Mitglieder des deutschen Turnvereins in Böhlen bedanken, von einem marxistisch eingestellten ersten Vorsitzenden geführt zu werden.“

### Sprachkurse.

Anfang März beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Anfängerkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch und Russisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere Mittel- und Oberkurse eingerichtet. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Richtiges Deutsch“. Dieser Kursus wird behandelt: Mühselige und schriftliche Übungen in Rechtschreibung, Satzzeichenkunde und Sprachlehre; „mir oder dich“, grammatische Schwierigkeiten, Anfertigung von Aufzählungen.

Zur Dedung der Unkosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 Mk. erhoben. Erwerbslose zahlen die Hälfte. Die Lehrbücher werden in allen Sprachkursen unentgeltlich geliefert. Die Kurse werden im eigenen Heim der Sprachenschule, Berlin W. 35, Potsdamer Straße 52, abgehalten. Die Schule ist mit allen neuesten Hilfsmitteln für den fremdsprachlichen Unterricht (Sautapparaten, Anschauungstafeln usw.) eingerichtet.

Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule: Berlin W. 35, Potsdamer Straße 52.

### Rundschau

Die Großhandelspreise sinken, doch nicht die Lebenshaltungskosten. Die Rohstoffe und Lebensmittel, die einen Weltmarktpreis haben, weisen einen unerhörten Preisrückgang auf. In einem Land ohne Zölle auf Rohstoffe und Lebensmittel, wie in England, läßt sich dieser Rückgang am leichtesten beobachten. Seit 1924 sanken die Großhandelspreise in England im allgemeinen allein um 24 Proz. Dagegen zeigen die Kosten der Lebenshaltung Januar 1930 gegenüber 1924 einen Rückgang nur um 6,2 Proz. Bei Lebensmitteln allein zeigt der Kleinhandelspreis gegenüber 1923 einen Rückgang von nur 11,8 Proz. Der außerordentlich große Preisfall des Jahres 1929 tritt in den Lebenshaltungskosten kaum in Erscheinung. In England wie in anderen Ländern zeigt sich, wie wenig der Kleinhandel noch rationalisiert ist und in welchem Umfang die

Lebenshaltung durch die Kosten des Zwischenhandels, die, statt zu sinken, überall eine steigende Tendenz aufweisen, verteuert wird.

**Hundeleder in Rußland.** Wie die Petersburger Zeitung „Krasnaja Gazeta“ mitzuteilen weiß, wird in Petersburg und Umgebung zurzeit eine ausgiebige Jagd auf Hunde gemacht. Für die Ablieferung von Hundefellen vergütet das russische Oberland ein lohnende Preise. Durch die Maßnahme soll in erster Linie der Verunreinigung der Straßen durch Hundeleberzahl herrenloser Hunde ein Ende bereitet werden.

**Kofferschloßindikat.** Der größte Teil der Kofferschloßfabrikanten hat sich zu einem Kofferschloßindikat G. m. b. H. mit dem Sitz in Haagen i. W. zusammengeschlossen, um die Verhältnisse auf dem Kofferschloßmarkt zu bessern.

**Soll es so bleiben?** Im Rechnungsjahr 1928 hat das deutsche Volk für Leder Schuhwerk und Hauschuhe im Wert von 1,1 Milliarden ausgegeben, für Kleidung einschließlich der Hüte höchstens 5 Milliarden, für Zigarren, Zigaretten und Tabak 27 Milliarden und für alkoholische Getränke 4,7 Milliarden.

### Johann Hoffmann 60 Jahre.

Am 19. Februar wurde unser jugendlicher Herrmann genannt Kümmerlich, 60 Jahre alt. Ausgestattet mit immer gleichmäßigem Humor und treuer Pflichterfüllung hat er seit Jahrzehnten an der Ausbreitung und Verfestigung des Verbandes mitgewirkt. Als Branchenleiter der Handwerkskammer ist seine Tätigkeit auf Grund der Kleinheit der Branche nicht allzu umfangreich, aber als stets erneut von der Ortsverwaltung beauftragter Schriftführer der Gesamtarorganisation übt der Sechzigjährige diese Funktion in beispielsmäßiger Treue aus. Keine Generalversammlung, keine Sitzung des Vorstandes, in der unser Freund Kümmerlich nicht die Feder führt! Und der Kollege Johann Hoffmann neben seiner sonstigen Tätigkeit, die er im reichlichen Maß auch an anderen Stellen ausübt, im Kreise seiner Verbandskollegen am liebsten arbeitet, so wollen wir ihm an dieser Stelle dafür danken.

Möge er nach wie vor in seiner körperlichen und geistigen Frische, vergütet mit dem ihm eigenen Humor, ein neues Jahrzehnt im Interesse des Verbandes, verbunden mit einigem Glück für ihn selbst, beginnen. Ortsverwaltung Berlin.

### Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 16. Februar bis 22. Februar ist der 6. Wochenehrtag fällig.

Auf eine 25jährige Mitgliedschaft in unserer Organisation können zurückblicken unsere Kollegen: **Breslau:**

Paul Gröger, eingetreten am 14. Februar 1905, Sattler.

Hermann Wende, eingetreten am 14. Februar 1905, Sattler.

### Berichtungsständer

Halle a. d. S. Am Sonnabend, dem 8. März, Versammlung im Gewerkschaftshaus. Vortrag des Arbeitersekretärs Buchholz über das Betriebskassenbuch und Bericht über die Reichskonferenz in Frankfurt a. M.

Köln a. Rh. Mittwoch, den 26. Februar, abends 7½ Uhr, im Volkshaus, Saal 2: Versammlung für alle Branchen. Vortrag: Das haager Abkommen. Referent: Herr Dr. Althoff.

### Adressenänderungen

Oberhausen, Rhld. Vorl.: Gustav Hentrich, Rülheim a. d. Ruhr, Urndorferstr. 105. — Raff.: Wilhelm Honk, Lubendorferstr. 108.

Deßau, S. Wittendörfer. Raff.: Willi Frick, Poststraße.

Köln. Vorl.: Arthur Anders, Petridamm 3, parterre.

### Sterbefeitel

Berlin. Am 7. Februar 1930 starb im Alter von 24 Jahren unser Kollege, der Eisenumlegler Bruno Kubel.

Gera. Unser Mitglied Rudolf Wolf ist am 30. Januar 1930 im Alter von 49 Jahren gestorben.

Ehretorem Andesent